

Basta!

Nr. 2 / Juni 2006

Basels starke Alternative

Das Hooligan-Gesetz: ein Etikettenschwindel

Multitionen an:
Postfach 142, 4005 Basel

AZB
4005 Basel

Die Bilder über die Krawalle im Anschluss an das Fussballspiel FCB gegen FCZ schockierten. Seither verlangen viele griffige Massnahmen gegen Krawallmacher. Auch Basta! verlangt wirksame Massnahmen gegen die 1% Schläger und Vandalen, die sich als Fans ausgeben, und damit 99% der übrigen Stadionbesucher und -besucherinnen desavouieren. Die Frage ist: Welche Massnahmen?



Viele setzen auf das „Hooligan-Gesetz“, das die Lösung des Gewaltproblems verspricht. Viele rufen nach schnellen Lösungen, nicht zuletzt dank der auf Sensation ausgerichteten Be-

richterstattung. Gegnerinnen und Gegner des Gesetzes gelten als verantwortungslos.

Basta! gehört zu den Gegnern dieses Gesetzes. Weshalb? Für die Ahndung von Krawallmachern brauchen wir kein neues Gesetz. Gewalttaten wie Körperverletzung, Sachbeschädigung, Brandstiftung sind bereits heute strafbar. Kantonale Polizeigesetze sehen eine grosse Palette von einschneidenden Massnahmen zur Wahrung von Sicherheit und Ordnung vor. Videoaufnahmen im Stadion sind erlaubt. Fussballveranstalter können heute schon Stadionverbote aussprechen, nur müssen diese auch durchgesetzt werden. Und neben Repression braucht es vor allem auch Prävention, Fanprojekte etc.

Was bringt das neue Gesetz? Es legalisiert den Datenaustausch zwischen Polizeikorps. Eine unnötige Massnahme. Die Krawallmacher sind längst bekannt. Trotz-

dem finden Krawalle statt. Noch schlimmer: In der „Hooligen-Datenbank“ sollen künftig nicht nur Hooligans, sondern auch „mögliche“ Hooligans registriert werden. Wie dies festgestellt wird, ist unklar. Genügt ein Fanclub-Schal? Es droht der Sportfans-Schnüffelstaat.

In der Datenbank werden Personen auf blossen Verdacht hin und gestützt auf schwammige Kriterien registriert. Gegen diese Personen kann ein Rayonverbot ausgesprochen werden, was zu flächendeckenden Polizeikontrollen führt. Verstösse gegen das Rayonverbot werden geahndet. Ausserdem kann gegen Personen, von denen die Behörden annehmen, dass sie an Sportanlässen im Ausland gewalttätig werden könnten, eine Ausreisesperre verhängt werden. Diese Zwangsmassnahmen gelten für Jugendliche ab 12 Jahren. Personen ab 15 Jahren, die in der Datenbank registriert sind, können 24 Stunden lang in Präventivhaft genommen werden.

Das „Hooligan-Gesetz“ bringt uns kein bisschen mehr Sicherheit. Es beschränkt unsere Freiheitsrechte und verstösst gegen rechtsstaatliche Prinzipien. Einen solchen Imageschaden kann sich unser Land im Hinblick auf die Euro 08 nicht leisten. Nein zu diesem Gesetz. *Margrith von Felten*

Unterschreibt das Referendum!

Basta! ist nach wie vor überzeugt, dass die Hooligans nur als Vorwand dienen, um uns Gesetze schmackhaft zu machen, die einer Demokratie unwürdig sind und dem autoritären Schnüffelstaat den Weg bereiten. Oder waren die 427 FCB-Fans, die im Dezember 04 in Altstetten verhaftet und ermittlungsdienstlich behandelt worden sind, etwa doch alle Hooligans? In der Hooligan-Datenbank gelandet wären sie auf jeden Fall, wenn es die damals schon gegeben hätte. Es geht nicht an, wegen ein paar Hundert gewaltbereiter Fans rechtsstaatliche Grundsätze wie die Unschuldsvermutung ausser Kraft zu setzen und präventiven Polizeigewahrsam, Rayonverbote etc. gesetzlich zu verankern. Dass einige der vorgesehenen Massnahmen bis Ende 2009 befristet sind, ist ein schwacher Trost. Denn wenn der Staatsschutz einmal neue Kompetenzen bekommen hat, ist es erfahrungsgemäss äusserst schwer, diese wieder zu beschneiden. Die nächste Verschärfung des Bundesgesetzes über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit ist denn auch bereits in Vorbereitung, und die wird dann nicht befristet sein.

Wir unterstützen das Referendum gegen das Bundesgesetz über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit weiterhin. Dieses Gesetz ist rechtsstaatlich inakzeptabel und es ist das falsche Instrument zur Bekämpfung des Hooliganismus. Unterschreibt das Referendum! Unterschriftenbogen lieben bei.

Gestern der Irak – Morgen der Iran?

Bericht über die Veranstaltung mit Andreas Zumach, UNO-Korrespondent und Iran-Spezialist



Am 2. Mai lud BastA! zu einer öffentlichen Veranstaltung mit dem UNO Korrespondenten und Iran-Spezialisten Andreas Zumach ein. Der sehr gut besuchte Vortrag mit dem Titel „Gestern der Irak – Morgen der Iran?“ mit anschliessender Diskussion informierte über die Situation im Iran und die Frage, ob die USA nach dem Irak bald den Iran angreifen würden. Dezidiert sprach sich Zumach gegen die Nutzung der Atomkraft und die atomare Aufrüstung des Irans aus und machte deutlich, dass der iranische Präsident Ahmadinedschad ernst genommen werden müsse in seinen Aussagen, sein Land sei fähig, Uran für die Gewinnung von Atomenergie anzureichern. Jedoch verletze der Iran damit nicht den (fragwürdigen) Atomwaffensperrvertrag und sei mit 42 weiteren Staaten vergleichbar, die in der Lage wären, Uran bis zur Waffentauglichkeit anzureichern. Differenziert legte er zum einen dar, dass die Aussage Ahmadinedschads, Israel sei zu vernichten, sowohl falsch übersetzt als auch falsch interpretiert worden sei. Zum anderen ging er auf die Geschichte des Irans ein, um zu erklären, wieso die radikalen Äusserungen des iranischen Präsidenten durchaus Zustimmung in grossen Kreisen der Bevölkerung fänden. Der Iran habe ein enormes Potential. Sowohl wegen seiner drittgrössten Oel- und zweitgrössten Gasreserven der Welt als auch, weil die Bevölkerung extrem jung sei. Die Feindlichkeit gegenüber dem Westen habe seine Wurzeln u.a. im Sturz der Demokratie unter

Mohammad Mossadegh in den fünfziger Jahren, die durch die blutige Diktatur Reza Schah Pahlavi ersetzt wurde. Zudem wurde der Iran im Stich gelassen in seinem achtjährigen Verteidigungskrieg gegen Saddam Hussein. Heute kommt dazu, dass sich das Land und seine Bevölkerung massiv bedroht fühlen. Die USA sind in sieben Nachbarländern mit Truppen präsent. „Wir müssen verstehen – nicht billigen –, dass die Fraktion jener im Iran, die eigene Atomwaffen wollen, gewachsen ist“, kam Zumach zum Schluss. Auch wenn der Iran mit Alternativenenergien eine grosse Zukunft

habe, liesse sich dies momentan nicht thematisieren. Für die Aussenpolitik zentral ist die Atomkraft und die Atomwaffenfähigkeit. Georg W. Bush könnte der Versuchung erliegen, den Iran in einem Luftkrieg anzugreifen, um damit seine Popularität aufzubessern, die auf einem Tiefstand liegt, der von keinem seiner Vorgänger in den letzten 230 Jahren erreicht wurde. Ein verzweifelter Versuch der US-Republikaner, die Macht zu erhalten, nicht zuletzt deshalb, weil ein Machtwechsel die Offenlegung republikanischer Politskandale zur Folge hätte. „Ich schliesse einen Krieg nicht aus“, meinte Zumach, auch vor dem Irak-Krieg habe weder die Ölversorgung noch die effektive Bedrohungslage durch Massenvernichtungswaffen für den politischen Entscheid eine massgebliche Rolle gespielt.

Irene Amstutz

Zum Weiterlesen: Andreas Zumach: Die kommenden Kriege. Ressourcen, Menschenrechte, Machtgewinn - Präventivkrieg als Dauerzustand? KiWi Köln 2005. ISBN: 3-462-03641-6.



Der UNO-Experte und Irankenner Andreas Zumach. (Foto: Ruedi Suter/OnlineReports.ch)

Fraktion

Sowohl etablierte als auch alternative Kultur auf hohem Niveau gehören zu einer attraktiven Stadt! Leider war das Grüne Bündnis die einzige Fraktion, die sich im Grossen Rat geschlossen gegen die Sparmassnahmen betreffend das Theater engagierte. Der Antrag des Grünen Bündnisses,

die Subventionskürzungen beim Symphonieorchester durch ein Sicherheitsnetz, sprich mögliche Neuverhandlungen, abzufedern, fand dagegen eine komfortable Mehrheit. Für die Überweisung der Motion von Rolf Häring zur Einrichtung eines Berufsbildungsfonds fehlten uns – leider einmal mehr – die Stimmen der SP. Hat die Basler SP vergessen, dass ihre Nationalpartei die Bildungsinitiative mitträgt, die

in die gleiche Richtung zielt? Erfreulicherweise dagegen wurde der Antrag von Margrith von Felten zur Einreichung einer Standesinitiative betreffend Übergang zur Individualbesteuerung vom Grossen Rat gutgeheissen. Damit sollen u.a. verheiratete Paare gegenüber unverheirateten Paaren nicht mehr benachteiligt werden.

Karin Haerberli

Privatisierung und Auslagerung im Gesundheitswesen

Gesundheitspolitik

Geriatrizentrum beider Basel auf dem Areal des Bethesdaspitals – ein fragwürdiges Vorhaben.



Am 21. Mai wurde im Kanton Zürich über die Auslagerung des Kantonsspitals Winterthur und des Universitätsspitals Zürich abgestimmt. In den Kantonen Thurgau und Solothurn gibt es eine Spital AG, die die Kantons-spitäler führt. In Basel stellt das gemeinsame Kinderspital (UKBB) eine rechtlich selbständige Verwaltungseinheit dar. Bei all diesen Beispielen handelt es sich nicht um Privatisierungen, indem diese Spitäler nicht einer gewinnorientiert arbeitenden privaten Trägerschaft gehören, sondern nach wie vor dem Staat. Die demokratische Einflussnahme hingegen ist eingeschränkt, die unternehmerischen Möglichkeiten sind viel breiter (wie das die SpitaldirektorInnen gerne hervorheben und schätzen). Kooperationen und Investitionen können rasch und unbürokratisch in die Wege geleitet werden, ohne lange parlamentarische (Kommissions-)Beratungen abzuwarten; gewisse Bereiche können „outgesourced“ werden, auf Konkurrenz kann schnell reagiert werden. Die Lohn-gesetze der kantonalen Verwaltungen gel-

ten nicht mehr automatisch.

Warum sind wir Auslagerungen und insbesondere Privatisierungen gegenüber skeptisch? Ziel einer guten Gesundheitsversorgung muss es sein, alle an den in unserer Gesellschaft verfügbaren Angeboten und Leistungen teilhaben zu lassen. Dies ist nur garantiert, wenn die höchste Kompetenz an den staatlichen Zentrums-spitälern (d.h. an den Kantons- und Universitätsspitalern) konzentriert ist. Je mehr Teile dieser höchsten Kompetenz herausgelöst werden, desto eher besteht die Gefahr, dass diese nicht mehr der ganzen Bevölkerung bedingungslos zur Verfügung steht, sondern nur noch z.B. über eine Zusatzversicherung zu haben ist (Gefahr der „Zweiklassenklassenmedizin“).

Im Februar 2006 gaben die beiden Basler Sanitätsdirektoren Straumann und Conti bekannt, dass das Diakonathospital Bethesda sich bereit erkläre, auf seinem Areal ein Geriatrizentrum zu erstellen, das die Bedürfnisse beider Kantone befriedige (das Felix Platter Spital muss ebenso ersetzt werden wie das Bruderholzspital, die Anzahl geriatrischer PatientInnen wird in den nächsten 20 Jahren aus demographischen Gründen in Basel-Stadt ab- und in Basel-Land zunehmen). Die beiden Kanto-

ne bezahlen dann je nach Belegung resp. Beanspruchung. Dass sich Basel-Land und Basel-Stadt zu einer gemeinsamen Geriatrizentrum durchbringen können, ist erfreulich und zu begrüßen. Dass nicht die Kantone, sondern eine private Trägerschaft investiert, führt hingegen nur scheinbar zu Ersparnissen, indem die Investitionskosten über die Tagespauschalen abbezahlt werden. Das Diakonathospital Bethesda ist kein caritatives Unternehmen. Wie die Anstellungsbedingungen des Personals ausgestaltet werden, das ja wohl hauptsächlich vom Felix Platter übernommen wird, ist unklar. Zu befürchten sind Verschlechterungen insbesondere bei den Sozialleistungen. Ein Schlüsselbereich der Versorgung, wie ihn die Geriatrie bei unserer Bevölkerungsstruktur darstellt, soll in einer gemeinsamen kantonalen Institution geführt werden und nicht einer privaten Trägerschaft übergeben werden. Mit der Idee der grünen Landrätin Madeleine Göschke, Präsidentin der Gesundheitskommission BL, ein gemeinsames Geriatrizentrum auf dem Dreispitz auf landschaftlichem Boden, dicht an der Grenze, zu bauen, liegt ein valabler, konsensfähiger Vorschlag vor.

Daniel Gelzer

Eine Nacht bei Familie Martinez – sans-papiers : sans-repos



Gott (oder Gass?) sei Dank hat Familie Martinez nun eine Verschnaufpause erhalten. Das SiD hat ihr Dossier mit einer positiven Empfehlung nach Bern zur Prüfung geschickt.

Die Familie darf sich vorläufig wieder frei bewegen.

Was es bedeutet, in „Hausarrest“ und ständiger Angst vor Verhaftung und Ausweisung zu leben, habe ich miterlebt, als ich – wie andere vor und nach mir – einen Abend und eine Nacht mit den Eltern und den vier Mädchen verbracht habe. Das Gesellschaftsspiel, das ich als Geschenk mitgebracht hatte, stiess sowohl bei den

Eltern als auch bei den Töchtern auf grosse Begeisterung. Der Abend verflog im Nu. Die Kleinste blieb ungeschlagen, obwohl das Zahlenspiel einige Anforderungen an das mathematische Denken und an die Konzentrationsfähigkeit stellt. Die Einschulung mit der entsprechenden Förderung zeigt Wirkung! In Ecuador würden die Fähigkeiten dieser Mädchen wohl brach liegen resp. dazu missbraucht, das Überleben der Familie mit Kinderarbeit zu sichern.

Die Nächte der Familie Martinez sind nur vorübergehend ruhig. Denn der Entscheid von Bern – sprich Blocher – hängt nun wie ein Damokles-Schwert über dem Schlaf von Familie Martinez.

Karin Haeblerli



Ein Teilnehmer am Marsch der Sans-Papiers für Aufenthalts- und Arbeitsbewilligungen am 13. Mai in Basel. Foto: Maya Heuschmann.

Serhildan heisst auf kurdisch so viel wie Intifada. Ende März 2006 reiste eine Delegation von Mitgliedern des Vereins Städtepartnerschaft Basel-Van nach Van und Diyarbakir, um zwei Projekte zu besuchen und sich über die Lage der Menschenrechte zu informieren. In dieser Zeit, kurz nach dem kurdischen Neujahrsfest Newroz, kam es im Südosten der Türkei zum massivsten Polizei- und Militäreinsatz seit 14 Jahren. Trotz des Waffenstillstandangebots der kurdischen Arbeiterpartei PKK hatte das Militär 14 Guerillakämpfer getötet. Vier davon stammten aus Diyarbakir. Gegen die Demonstration anlässlich ihrer Beerdigung gingen die Sicherheitskräfte mit aller Härte vor.

Kelimwerkstatt und Wäschereiprojekt

Zuerst verlief alles nach Plan. Die Kelim-Werkstatt in Van, die der Verein seit nunmehr sechs Jahren unterstützt, hat sich nicht nur halten können, sondern wartet mit neuen Aktivitäten auf. Immer noch finden hier an die 70 zumeist junge Frauen eine Beschäftigung, die ihnen und ihren Familien lebenswichtige Einkünfte beschert. Sie erhalten zudem mit der Teppichweberei nicht nur ein traditionelles Kulturgut, sondern gehen auch zur Schule, was insbesondere für Mädchen nicht selbstverständlich ist. Nach der Zerstörung der Dörfer durch das türkische Militär flohen in den Neunzigerjahren Hunderttausende in Städte wie Van, wo die einstigen Selbstversorger ohne Land und Tiere ums Überleben kämpfen.

Während sie mit flinken Händen an ihrem Teppich webt, erzählt Cemile, dass ausser ihr und ihrer Schwester, die ebenfalls in der Werkstatt arbeitet, nur der Vater einer bezahlten Arbeit nachgeht. Dank des Lohnes der beiden Mädchen können die andern Geschwister die Schule besuchen. Cemile selbst hat im «Atölye» die Primarschule abgeschlossen und geht jetzt in die Mittelschule. Drei Mädchen aus der Werkstatt besuchen zurzeit das Gymnasium.

In Van und Umgebung ist es jedoch nicht einfach, die Teppiche zu verkaufen. Höchstens höhere Staatsangestellte oder Bauunternehmer können sich solche Kostbarkeiten leisten. Deshalb hat der Leiter der Werkstatt Enver Özkahraman nun eine Keramikwerkstätte mit zwei Brennöfen aufgebaut, in der Vasen, Teekrüge, Becher, Teller und Schüsseln hergestellt werden. Die Vorlagen stammen zum Teil aus dem lokalen Museum. Auch Gipsfiguren der berühmten Van-Katze werden nun im Atölye produziert. Diese kleinen Gegenstände lassen sich besser verkaufen, wie Özkahraman aus Erfahrung weiss. Das Atölye verkauft die Ware in einem Laden im Zentrum von Van und im Sommer ist ein Stand an der Schiffsanlegestelle vor Akdamar geplant. Denn die auf einer Insel im Van-See liegende armenische Kirche aus dem 10. Jahrhundert mit ihren wun-

derschönen Fresken ist die Touristenattraktion in diesem sonst wenig bereisten Gebiet.

Die gleichen Probleme wie die Familien der Weberinnen hat ein grosser Teil der Bevölkerung von Bostanici, einem Vorort von Van. «Die Leute haben weder Arbeit noch Geld, viele der meist grossen Familien müssen mit weniger als 100 Franken im Monat auskommen», erklärt die Bürgermeisterin Gülcihan Simsek. Die Männer arbeiten allenfalls als billige Arbeitskräfte in den Städten der Westtürkei, während die Frauen mit ihren Kindern versuchen, sich fern von den vertrauten Dorfstrukturen zurechtzufinden. Vom Staat erhält die Gemeinde nur minimale Mittel, die auf längst überholten Bevölkerungszahlen basieren. Deshalb setzt Simsek auf die Initiative der Leute und auf die Unterstüt-

zung aus dem Ausland. So ist es ihr gelungen, mit Hilfe der italienischen Gemeinde Alessandria die Wasserversorgung in Bostanici aufzubauen. In einer Genossenschaft können Frauen nähen und Teppiche weben. Sie konnten auch Kurse zu Hygiene, Gesundheit und häuslicher Gewalt besuchen, die ebenfalls mit ausländischer Hilfe zustande gekommen waren. Ausserdem gibt's im Gemeindehaus eine gut besuchte Bibliothek und ein Kulturzentrum. Als die Delegation aus Basel eintraf, war eine Schar Kinder gerade daran, ein Theaterstück einzuüben, während eine andere im grossen Saal musizierte. Spontan brachten sie eigens für die Besucher aus der Schweiz mit grosser Begeisterung ein Ständchen auf Kurdisch dar.

Um möglichst viele Frauen zu erreichen, will die Gemeinde nun eine Wäscherei ein-



Bürgermeisterin Gülcihan Simsek, im Hintergrund das heute noch brachliegende Areal, auf dem die Wäscherei errichtet werden soll. (Foto: Anne-Lise Hilty)

richten. Dort sollen die Frauen einerseits ihre Wäsche waschen und andererseits Kurse besuchen können, während die Maschinen laufen. Für die Kinder ist ein Hort vorgesehen, ein Café soll als Treffpunkt dienen. Bügeleisen und Nähmaschinen werden ebenfalls zur Verfügung stehen. Die Idee stammt aus Diyarbakir, wo bereits mehrere Wäschereien in Betrieb sind, die von Hunderten Frauen genutzt werden. In Bostanici bestehen vorläufig nur die Pläne,

ein Gelände – und der Enthusiasmus der Bürgermeisterin und der verantwortlichen Ingenieurin. Sie hoffen nun auf Gelder aus dem Ausland, um ihr Projekt verwirklichen zu können.

Anne-Lise Hilty

Kontakt: Verein Städtepartnerschaft Basel–Van, Postfach 142, 4005 Basel, PC 40-740064-7.

Massiver Polizei- und Militäreinsatz

Am 28. März 2006 bestiegen wir den Bus in Van Richtung Diyarbakir.

Kurz vor unserem Ziel wird unser Bus von einem Militärkonvoi von rund 25 Fahrzeugen überholt, wir sehen Truppentransporter, auch Panzerwagen. An einer demolierten Bushaltestelle steigen wir aus, es sind kaum Leute zu sehen, Autoreifen brennen auf der Strasse. Per Handy erkundigen wir uns bei einem Mitarbeiter von Osman Baydemir, Bürgermeister von Diyarbakir, ob es noch ein Durchkommen Richtung Stadt gibt. Er rät uns, sofort in ein Taxi zu steigen und ins Hotel zu fahren, auch sie hätten noch keinen Überblick, was geschehen sei. Auf Umwegen erreichen wir das Hotel, kurz nach Ankunft wird unsere Strasse mit Stacheldraht gesperrt.

Was war geschehen? Trotz einem einseitigen Waffenstillstand der Arbeiterpartei PKK, während des kurdischen Neujahrfestes Newroz, tötete das türkische Militär 14 Guerillakämpfer. Wegen der starken Verbrennungen, die die Leichen aufwiesen, vermuteten die Angehörigen, dass Giftgas eingesetzt wurde, was vom Innenministerium sofort dementiert wurde. Vier der getöteten Guerillas stammten aus Diyarbakir.

Ein Mitarbeiter von IHD (Menschenrechtsverein) schildert uns die Einzelheiten.

Prokurdische Organisationen riefen die Bevölkerung auf, die Getöteten als Opfer für die Sache der KurdInnen zu betrachten, am Begräbnis teilzunehmen und die Läden zu schliessen.

Zur Beerdigung am 28. März wurden

die Leichen in PKK Fahnen gehüllt auf den Friedhof getragen. Die Leute trugen kurdische Fahnen sowie Posters von Abdullah Öcalan, es wurden prokurdische Slogans skandiert.

Gegen den Trauerzug wurden schon auf dem Friedhof Tränengas und Wasserwerfer eingesetzt.

Auf der darauffolgenden Demonstration in der Stadt, die vor allem von Jugendlichen besucht war, gingen die Sicherheits-



Ein Plakat mitten in Diyarbakir, das zur Newroz-Feier aufruft. Newroz mit W geschrieben - das hätte es vor drei Jahren noch nicht gegeben, denn der Buchstabe W kommt im türkischen Alphabet nicht vor. Ein kleiner, aber stets bedrohter Fortschritt. (Foto: Daniel Gelzer)

kräfte mit aller Härte vor. Sie eröffneten das Feuer als zwei Zivilpolizisten, die einen Demonstranten zu Boden drückten, von diesem mit einem Messer angegriffen wurden. Die Situation eskalierte, Banken, Staatsinstitutionen und offene Läden wurden demoliert. Zum ersten Mal seit 14 Jahren kam es zu einem derart massiven Polizei- und Militäreinsatz, sagt Kaya.

Von Beginn an versuchte Bürgermeister Osman Baydemir der pro kurdischen Partei DTP zu vermitteln. Er rief zu Vernunft auf und forderte sowohl die Polizei als auch die Demonstranten auf, sich zurück zu ziehen. Auf der vom Gouverneur bewilligten Fahrt zu den Demonstranten griffen Sicherheitskräfte seinen Wagen an, schlugen ein Fenster ein und verletzten einen Begleiter. Seine Worte zu den Demonstranten "ich verstehe euren Schmerz die Stadt trauerte um 14 Opfer, nun sind es 16" veranlasste den Innenminister, ein Verfahren gegen Osman Baydemir einzuleiten, da er die Anliegen der Demonstranten teile und die getöteten „Terroristen“ den Demonstrationsteilnehmern gleichsetze.

Insgesamt starben vier Menschen, drei wurden von Sicherheitskräften erschossen, ein Kind wurde von einem Einsatzwagen überrollt. Über 250 Menschen wurden verletzt, 40 davon von Schusswaffen, mehr als 300 Menschen wurden verhaftet. 80 Jugendliche zwischen 12-18 Jahren warten auf ihren Prozess und müssen mit hohen Haftstrafen rechnen.

Diese Ereignisse lassen befürchten, dass die zaghafte Fortschritte, die in den letzten Jahren gemacht wurden, wieder zunichte sind. Oder wie es ein Mitarbeiter der Gemeinde ausdrückt:

„Die kurdische Frage hat soziale, ökonomische, kulturelle und politische Wurzeln. Nur wenn alle vier Bereiche angegangen werden, gibt es eine Lösung. Werden jedoch nur die sozialen und ökonomischen Probleme bewältigt, wie dies die EU 2005 der Türkei zur Bedingung machte, gibt es keinen Frieden. Voraussetzung dafür ist, dass auch die politischen und kulturellen Fragen angegangen werden. Die Lösung der Kurdenfrage ist die Voraussetzung zur Demokratisierung der Türkei.“

Maya Heuschmann

Referendum zustande gekommen

Das Referendum gegen das geplante Einkaufszentrum auf dem Areal der ehemaligen Stückfärberei ist zustande gekommen und wird von BastA!, den Grünen, dem VCS und dem WWF unterstützt. Ein Einkaufszentrum so gross wie der St. Jakobspark und der M-Park zusammen bringt Kleinhüningen und der Stadt Basel nichts ausser mehr Verkehr, mehr Lärm, mehr Schadstoffe und zusätzliche Konkurrenz für Quartierläden und Läden in der Innenstadt. Die Abstimmung findet am 24. September statt.

**Unterstützen Sie unsere Abstimmungskampagne
mit einer Spende! PC 40 – 31244 – 5**

Gegenleistungen

Debatte

Es ist klar: In Zukunft wird es, gerade auch in den klassischen Industrieländern, nicht mehr Arbeit für alle geben. Klar ist ebenfalls, dass weder Abstrafstrategien noch irgendwelche kurzzeitige, zum Teil obskure Beschäftigungsprogramme daran etwas ändern werden. Das Gefasel von strammen Law-and-Order-Politikern und staatliche Machtworte haben – ausser vielleicht in Zeiten von barbarischen Zwangsmassnahmen – noch nie reale, dauerhafte Arbeitsplätze geschaffen und werden dies auch in Zukunft nicht tun.



Über Lösungen, um dieser für die Betroffenen katastrophalen, erniedrigenden Lebenssituation zu entgehen, wurde immer wieder nachgedacht. So etwa von André Gorz, der die

Entfremdung in der Lohnarbeit durch deren Abschaffung aufheben wollte, oder, in der Schweiz, vom Sozial- und Arbeitsethiker Hans Ruh, der für eine teilweise Entkoppelung von Arbeit und Lohn plädiert. Aber auch von Organisationen, Vereinigungen und Einzelpersonen, die in der Einführung eines an keine Bedingungen geknüpften Grundeinkommens einen Ausweg aus der Misere sehen.

Nun habe ich in einem Zeitungsbericht über das 2. Basler Armutstribunal mit dem Schwerpunkt «Soziale Sicherung mittels Grundrente» gelesen, dass Rolf Maegli, Vorsteher der Sozialhilfe Basel, in der Podiumsdiskussion den Vorschlag eines Grundeinkommens mit den Worten kritisierte: «Eine Grundrente von 3070 Franken für alle, ohne dass die Bezüger eine Gegenleistung erbringen müssen, das ist einfach falsch.»

Ein paar Tage später hat der Grosse Rat eine Motion betreffend Gegenleistung von jungen Sozialhilfebezügern und -bezüglerinnen behandelt. Darin baten die unterzeichnenden FDP-Vertreter den Regierungsrat, «dem Grossen Rat eine Gesetzesänderung vorzulegen, die beinhaltet, dass jungen erwachsenen Sozialhilfebezügler/innen nur dann Leistungen bezahlt werden, wenn die Empfänger/innen entsprechende Gegenleistungen erbringen.»

Gut, über die Höhe der Bezüge kann man unterschiedlicher Meinung sein. Und ich bin wie Herr Maegli der Ansicht, dass Empfänger von Sozialhilfegeldern dafür tatsächlich eine «Art Ausgleich» erbringen sollten. Nur, und hier beginnen die Schwierigkeiten: Wer definiert denn, was als Gegenleistung anzusehen ist? Etwa bloss Herr Maegli oder sonst ein Mitglied einer kantonalen oder kommunalen Behörde? Oder womöglich gar die Motionärinnen und Motionäre? Also allgemein gesprochen,

nur Menschen, die für sich in Anspruch nehmen, für die Gesellschaft wichtig zu sein, für und in ihr etwas zu leisten und dies als einzigen Massstab nehmen, dafür aber anderen, sozial weniger Angesehenen, also Schwächeren, meistens mit Vorbehalten, wenn nicht gar mit Verdächtigungen und Unterstellungen begegnen? Ich denke, derartige Verhaltensweisen offenbaren ein herabwürdigendes Menschenbild.

Gefragt werden muss aber auch, was denn eine für die Gesellschaft, für das Gemeinwohl nützliche Leistung sein könnte. Erbrachten etwa die VR-Mitglieder der früheren Swissair für die Firma wie für die schweizerische Gesellschaft besondere Leistungen, die ihre Löhne, Boni und späteren Abfindungen rechtfertigten? Saläre übrigens, die sie auch nach ihrem Ausscheiden davor bewahrten, den Sozialämtern ihrer Wohngemeinden zur Last zu fallen.

Oder was ist – Leistungen und Gegenleistungen betreffend – von folgendem Vorfall zu halten: Da bewilligte die Legislative das Projekt eines Alters- und Pflegeheims mit einer Bausumme von 33 Millionen Franken und einer kantonalen Subvention von 13,13 Millionen. Dann wurde ein Generalunternehmen eingesetzt, welches für die Planung des Baus wie für das Anheuern lokaler Gewerbebetriebe verantwortlich hätte sein sollen, das jedoch nach zwei Jahren noch während der Bauphase das beteiligte Gewerbe nicht mehr bezahlen konnte und erfolgreich die Nachlassstundung beantragte; bald darauf wurden die Bauarbeiten eingestellt.

Der für das Projekt politisch Zuständige, der damalige Vorsteher des Baudepartements, wurde zwar in der Folge abgewählt, bescherte aber dem Kanton, also der Gemeinschaft, einen Verlust von 10,3 Millionen Franken.

Wahrlich ein starker Abgang!

Wähnt man sich im Besitz von Definitionsmacht oder hat sie tatsächlich inne, wenn auch nur auf Zeit geliehen bekommen, lässt sich locker, aber bestimmt nicht immer gerechtfertigt, über Leistungen oder

Gegenleistungen reden.

Was also soll daran so falsch sein, wenn Menschen, die, aus welchen Gründen auch immer, unfähig sind, spektakuläre wirtschaftliche und gesellschaftliche Katastrophen zu provozieren, sich darüber Gedanken machen, wie sie trotz ihren Beeinträchtigungen wie z.B. Ausbildungsmängel, Arbeitslosigkeit oder sonst einer Misere, ein einigermaßen gesichertes Leben führen könnten?

Das Argument der Direktorin des Volkswirtschaftsbundes im selben Bericht über die 2. Armutskonferenz gegen eine höhere, also letztlich überhaupt eine Grundsicherung, diese würde den Arbeitsschutz zum Verschwinden bringen, ist reine Taktik, nämlich Angstmache. Und die Behauptung, bei einer Grundsicherung, ob hoch oder niedrig, habe jeder die Möglichkeit «die Arbeit ganz einfach bleiben zu lassen», wurde schon mehrfach widerlegt. Zwar zeigen Untersuchungen, dass Menschen, denen man ihre Lebensgrundlage über eine negative Einkommenssteuer sicherte, tatsächlich länger keine Arbeit annahmen, aber nicht, weil es ihnen, um ein sattem bekanntes, verqueres Klischee zu bedienen,

«Spas macht, auf der faulen Haut zu liegen», nein, sondern ganz einfach deshalb, weil sie es dank der Existenzsicherung nicht

mehr nötig hatten, so schnell wie möglich den letzten Sch...-Job annehmen zu müssen.

Was aber für Industrie und Wirtschaft bedeuten würde, nicht mehr jederzeit Menschen auf Abruf und auf Gutdünken zur Verfügung zu haben. Ich denke, das ist das wahre Motiv der Gegner eines Grundeinkommens.

Noch ein Wort zu der im Zusammenhang mit dem Grundeinkommen gestellten Frage, wer denn die Drecksarbeit verrichten würde. Ganz einfach: Hochbezahlte oder gar höchstbezahlte Menschen, denn es ist nicht einzusehen, wieso man Arbeitslose dazu zwingt, z.B. eine Stadt von ihrem Abfall zu säubern, sie aber gleichzeitig äusserst mies bezahlt. Attraktivste Löhne, - so gegen 10.000 Franken monatlich - würden das Problem rasch lösen. Man müsste nur wollen. Ich bin sicher, die Leute würden sich um solche Jobs reissen.

René Reinhard

Nur, und hier beginnen die Schwierigkeiten: Wer definiert denn, was als Gegenleistung anzusehen ist?

Mehr über Basta! und unsere Aktivitäten erfahren Sie auf unserer Webseite:

www.basta-bs.ch

Menschenwürdig leben? Fragen an die Schweizer Sozialhilfe

In der Schweizer Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) sind Gemeinden, Städte, Kantone, Bundesämter, Hilfswerke und Sozialhilfeorganisationen zusammengeschlossen. Sie veröffentlichte zu ihrem 100-jährigen Bestehen einen Sammelband zur Frage, wie es um das erste Grundrecht in der Bundesverfassung „Die Würde des Menschen ist zu achten und zu schützen“ und eine seiner Präzisierungen in Artikel 12 „Wer in Not gerät und nicht in der Lage ist, für sich selber zu sorgen, hat Anspruch auf Hilfe und Betreuung und auf die Mittel, die für ein menschenwürdiges Dasein unerlässlich sind“ im Alltag und der Praxis der Sozialhilfe steht.

Entstanden ist ein spannender Band mit Texten, die sich dem Thema mit unterschiedlichen Blickwinkeln nähern. Die Geschichte des Grundrechts auf Hilfe in Notlagen wird aufgezeigt, der philosophische Unterbau durchleuchtet, Grundsätze der Sozialarbeit angesprochen, juristische Grundlagen erläutert, politische Forderungen im Zusammenhang menschenwürdiger

Sozialhilfe vorgestellt, den Stimmen der Betroffenen Platz eingeräumt.

Hilfe in Notlagen kann sich als unantastbares Grundrecht nicht darauf beschränken, ein finanzielles Existenzminimum zu gewährleisten. Die Menschenwürde kann nur geschützt werden, wenn Menschen bestimmte Fähigkeiten ausüben können. So etwa die Fähigkeit, das eigene Leben in seiner Umwelt und in seinem eigenen Kontext und bis zum Ende vollständig zu leben, zu fantasieren, zu denken und zu schlussfolgern, zu lachen, zu trauern, Bindungen zu Personen zu unterhalten, kritische Überlegungen zur Planung des eigenen Lebens anzustellen, Interesse für andere Menschen zu zeigen, sich auf verschiedene Formen familialer und gesellschaftlicher Interaktion einzulassen und eine Ortsveränderung vornehmen zu können.

Der Sozialarbeit sind dabei Grenzen gesetzt, denn tatsächlich ist es der Staat, der dies alles zu sichern und die Verletzbarkeit der BürgerInnen zu schützen hat. In der Schweiz besteht die Gefahr, dass Fragen

der Existenzsicherung vom Bund über den Kanton zur Gemeinde von einer Ebene zur nächsten delegiert werden. Die gesellschaftliche Diskussion wird erschwert dadurch, dass dem Staat die Mittel tatsächlich verknappt werden und andere Einnahmequellen (etwa die Erbschaftssteuer) tabu sind und mit dem Bild, SozialhilfeempfängerInnen liessen es sich auf Kosten des Staates gut gehen, Politik gemacht wird. Das Modewort „Eigenverantwortung“ wird dafür verwendet, die strukturelle Ungleichheit zu verschleiern, um keine Massnahmen einleiten zu müssen.

Welche politischen Antworten bietet das Buch auf die Fragen an die Schweizer Sozialhilfe? Etwa die Forderung nach einem eidgenössischen Rahmengesetz für die Sozialhilfe, nach einem Minimallohn, der verhindert, dass die Sozialhilfe working poor unterstützen muss, der Verbesserung der interinstitutionellen Zusammenarbeit, dem Ausbau familienexterner Kinderbetreuung, der Lohn- und versicherungstechnischen Gleichstellung von Teilzeitstellen an Vollzeitstellen, grosszügigerer Alimentenbevorschussung und generell der Verbesserung der Sozialversicherung.

Irene Amstutz

Menschenwürdig leben? Fragen an die Schweizer Sozialhilfe, Hg. von Walter Schmid und Ueli Tecklenburg, Caritas-Verlag, Luzern 2005

Widerspruch – Heft 49: Prekäre Arbeitsgesellschaft

Massenarbeitslosigkeit und Deregulierung der Arbeitsmärkte unterhöheln im neoliberalen Marktregime das finanzielle Fundament des Sozialstaates, verändern die Verteilungspolitiken und beschleunigen die Prekarisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse. Die «Rückkehr der Unsicherheit» (R.Castel) ist unübersehbar; die Arbeitsgesellschaft, in der jahrzehntelang durch Lohnarbeit gesellschaftliche, soziale und kulturelle Integration gewährleistet war, ist nach Klaus Dörre entschert. Notwendig ist eine Politik der Entprekarisierung als Alternative zu der von Eva Nadai untersuchten aktivierenden Sozialpolitik. Die gesellschaftliche Dynamik zwischen Integration und Ausschluss prägt nach Ueli Mäder eine neue Form der sozialen Ungleichheit: Exklusion als die soziale Frage im 21. Jahrhundert.

Wie Roland Atzmüller rekonstruiert, gilt Welfare-to-work seit 1997 als

Regierungsprojekt von New-Labour zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Aktivierung der Arbeitslosen. Und am Beispiel von Österreich zeigt Gabriele Michalitsch auf, wie in Kombination mit Workfare-Politik die Retraditionalisierung der Geschlechterverhältnisse an Boden gewinnt. Auch in der Schweiz haben nach Kurt Wyss die Workfare-Konzepte in der Sozialhilfereform ausschliesslich Benachteiligungen für die Betroffenen zur Folge. Und das Zürcher Sozialdepartement, so Andreas Rieger, torpediert mit der Devise «Arbeit statt Fürsorge» die gewerkschaftliche Arbeitspolitik. Gerade in deren Neuan-sätzen sieht Frieder Otto Wolf eine neue Politik der Arbeit mit gesellschaftspolitischem Gestaltungspotential.

Im Anschluss an die Debatte zur „Subjektivierung von Arbeit“ erweitert Alexandra Rau die Analyse neoliberaler Strategien um den Aspekt der Psychopolitik. In den

Hartz-Reformen herrscht nach Franz Segbers Zwangsarbeit vor; die Zukunft der Arbeit liegt seines Erachtens in person-nahen Dienstleistungen. Neu entbrannt sind die Kontroversen um das garantierte Grundeinkommen und das Recht auf existenzsichernde Erwerbsarbeit. Dazu Stellung nehmen in kritischen Beiträgen Gisela Notz, Therese Wüthrich und Franz Schandl.

Ein Diskussionsteil, Marginalien und Rezensionen schliessen das umfangreiche Heft 49 ab.

WIDERSPRUCH 49: Prekäre Arbeitsgesellschaft

232 Seiten, Fr. 25.-, Euro 16.-,
im Buchhandel oder bei

WIDERSPRUCH, Postfach, CH-8026 Zürich.

Tel./Fax 0041 (0)44 273 03 02

vertrieb@widerspruch.ch,

www.widerspruch.ch

Basel kickt (nicht) anders

Satire

Der Plebs ist bekanntlich dumm. Solange er überlebt und im irdischen Jammertal unterhalten wird, ist er zufrieden. Diese Weisheit haben sich schon die römischen Patrizier zu Eigen gemacht. „Brot und Spiele“ war und ist das Erfolgsrezept der Mächtigen. Die Fussballstadien sind architektonisch dem Kolosseum nachempfunden.

Nun gut, es gab auch ehrlichere Zeiten, da hielten sich die Grossgrundbesitzer Blut-hunde, um entlaufene Sklaven einzufangen, tot oder lebendig. Doch wer interessiert sich heute noch für Kampfhunde? Ausser einer verwirrten Lady aus dem Basler Daigg und einer nicht minder verwirrten Ständerätin fast nur noch Junkies und andere Randständige. Wer aus den oberen Etagen der Gesellschaft etwas auf sich hält, kauft sich einen Fussballclub. Das ist effizienter und vor allem – populärer.

Fussball – ein einfaches Spiel! Zwei Steine als „Torpfosten“, ein Ball, ein Stück Brachland, und schon kann es losgehen. Mehr braucht es nicht, um Spass zu haben, irgendwo auf dem Globus, und sei es in einem tristen Hinterhof in einer tristen Vorstadt. Nur Geld verdienen kann man so nicht. Dafür braucht es monumentale Sta-

dien und vor allem Sponsoren, die bereit sind, in Humankapital zu investieren. Das Volk will Stars sehen, und es soll merken, dass die Chemie stimmt, auch wenn deren Spitzenverdiener in Steueroasen fliehen. – Warum spricht in diesem Zusammenhang eigentlich niemand von Wirtschaftsflüchtlingen, nicht einmal die SVP?

Zugegeben: Es ist faszinierend, einer begnadeten Mannschaft zuzusehen, wie sie den Ball zirkulieren lässt. Doch der Spass am Spitzenfussball ist schal geworden. Hinter jedem renommierten Club steckt ein milliardenschwerer Bonze, der zwar keinen Freistoss treten kann, aber die Lorbeeren einheimst. Gewinnen können fast nur noch die Reichen. Die wenigen Ausnahmen bestätigen die Regel. Was hat das noch mit Sport zu tun? Diesen Mechanismus kennen wir doch aus dem täglichen Leben!

Bleiben noch die Spieler, die eigentlichen Sympathieträger, Menschen wie du und ich, ausser, dass sie besser kicken. Doch auch um diese Nähe zu den Akteuren haben uns die grossen Clubs betrogen, indem sie die Habenichtse zu Millionären machten. In Spitzenspielen – ich rede hier nicht vom Breitensport – kicken Millionäre im Auftrag von Milliardären um Millionen, und Millionen fiebern mit. Die Spieler wissen sehr wohl, worum es geht: Da ein Haken, dort eine Schwalbe – ein herausgeschundener Freistoss oder gar Penalty kann spielentscheidend sein. Und ohne Erfolg keine Sponsoren, und ohne Sponsoren keine unverschämte hohen Gehälter.

Eigenartig, dass es den Clubs trotzdem

gelingt, Identität zu stiften. „Wär nit gumpst, dä isch kai Basler“, skandieren die FCB-Fans, während auf dem Feld Söldner aus aller Welt und aus allen Regionen der Schweiz sich abrackern. Echt „Baslerisch“ am FCB ist eigentlich nur noch der durch Heirat erworbene Name der Präsidentin, die ihrerseits aus dem Badischen stammt. Dagegen ist ja gar nichts einzuwenden. Im Gegenteil! Wenn Fans „gumpen“ um zu demonstrieren, auch du, Zürcher, Argentinier, Afrikaner, Australier, Bosnier etc. gehörst zu uns, ist das ein Zeichen der Hoffnung. Doch dann das: die „Schande von Basel“, pöbelnde Hooligans, Tränengasschwaden, Gummischrot, umherirrende Kinder, verstörte Eltern. Die laut Trainer Gross „besten Fans der Welt“ im Normalzustand!

Wenn Sie mich nach den Ursachen dieser unrühmlichen Ereignisse fragen, würde ich sagen: An den Spielen hat es nicht gelegen, die waren perfekt inszeniert und finanziert. Aber vielleicht am Brot? Menschen, die „kein Brot mehr haben“, durch alle Maschen unserer Leistungsgesellschaft fallen, sind zu vielem fähig, auch zur willkürlichen Destruktion. Und von wegen Zerstörungswut: Fragt sich, wer destruktiver ist, die Hooligans oder die Profiteure der Leistungsgesellschaft. Ich meine die nicht nur auf den Leibchen der Spieler präsenten Sponsoren, die Kraft ihres immensen Kapitals weltweit soziale Netze zerstören und Existenzen vernichten, einfach so, um des Profits willen.

Rudi Ratlos

- Ich interessiere mich für BastA! Schickt mir mehr Unterlagen.
- Ich möchte regelmässig von BastA! hören. Ich spende mindestens Fr. 50.– und bekomme den detaillierten BastA!-Versand.
- Ich will Mitglied von BastA! werden und bezahle einen monatlichen Beitrag von Fr. _____.–
(Richtgrösse ist 1% des Nettoeinkommens, der Minimalbeitrag für Leute mit geringem Einkommen beträgt Fr. 10.– pro Monat).
- Ich bestelle die Broschüre „Mobilität mit Qualität“ (38 Seiten, Unkostenbeitrag Fr. 5.–)

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

Adresse: _____

Telephon/Fax: _____

Bitte einsenden an:
BastA!, Basels starke Alternative
Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel
oder Fax 691 16 31

Auf nach Bern !

Grossdemo gegen die Blocherpolitik

Samstag, 17. Juni 2006, 14.00 Uhr
Waisenhausplatz Bern

Impressum: Nr. 2, Juni 2006. Herausgeber: Förderverein BastA!, Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel, Tel./Fax 061 / 691 16 31, E-Mail: sekretariat@basta-bs.ch, PC 40-31244-5, Website: www.basta-bs.ch. erscheint mind. 4x jährlich, für alle Mitglieder gratis, Redaktion: Karin Haerberli, Irene Amstutz, Martin Flückiger, Druck: Rumzeis Basel